

Dresdner Volkszeitung

Hauptsitz: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1268.

Organ für das werktätige Volk

Hauskonto: Gebr. Krubitz, Dresden und Edl. Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Fringerlohn mit den wöchentlichen Belegungen „Roth der Arbeit“ und „Soll und Zeit“ für einen halben Monat 1,00 Goldpfennig, Einzelnummer 10 Goldpfennig. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Telefon 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Telefon 25 261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 20 mm breite Anzeigenzeile 30 Goldpf., die 90 mm breite Anzeigenzeile 150 Goldpf., für auswärtige Anzeigen 35 und 200 Goldpf. Familienanzeigen, Stellen u. Mietsuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederlegung 10 Goldpf.

Nr. 270

Dresden, Dienstag den 18. November 1924

35. Jahrg.

An die Mitglieder der Gewerkschaften!

Zum zweiten Male in diesem Jahre werdet ihr an die Wahlurne gerufen. Der Inflationsreichstag, eine zu ernster gesetzgeberischer Arbeit unfähige Körperschaft, ist aufgelöst und in die Hand der Wähler ist von neuem das Schicksal des Deutschen Reiches gelegt worden.

Vor dem Arzte geht die deutsche Arbeiterklasse als die politisch am besten geschulte der Welt. Einig und geschlossen (andere bei jeder Wohl in wachsendem Maße ihre Vertreter in den Reichstag und damit wuchs von selbst ihr politischer Einfluß, soweit er in einem Staate, in dem der Reichstag nicht viel mehr als ein schönes Dekorationsstück war, wachsen konnte.

Heute ist der Reichstag ganz etwas anders. Heute geht die politische Macht vom Volke aus und der Reichstag ist berufen, diese Macht zu verkörpern. Wie er zusammengesetzt ist, ist die Regierung zusammengesetzt, die er halten oder stürzen kann, je nachdem er ihre Arbeit bewertet. So wählt heute der Wähler nicht nur den Reichstag, er wählt auch die Regierung. Seine Verantwortung bei der Wahl ist damit gegen früher gewaltig gewachsen. Und in dieser Zeit steht die deutsche Arbeiterklasse nicht mehr einzeln und geschlossen da. Anstatt dem gemeinsamen Gegner auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete auch dort in geschlossener Front gegenüberzustehen, wo die Machtverhältnisse gesellschaftliche Formen erhalten, wüten die Arbeiter gegeneinander, wobei sie ihre eigene Macht zerstören. Der Krieg und das Elend der ihm folgenden Jahre haben die politische Erziehung der heranwachsenden Generation verhindert. Das Schlagwort konnte an die Stelle der politischen Einsicht treten. Das muß wieder anders werden.

Es wird von den Leuten, die sich Kommunisten nennen, und die geschäftsmäßig die Forderung und Zerschlagung der Arbeiterorganisationen von innen aus betreiben, so viel vom Klassenkampf, geredet. Dabei drücken sie eine der wichtigsten Stützen des Klassenkampfes auf den Boden einer Knechtstänke hinunter, in dem Reichstag, den Reichstag und den Parlamentarismus den Arbeitern zu verlesen. Oder ist der Reichstag keine Stütze des Klassenkampfes? Ist es für die Arbeiter ohne Bedeutung, ob dort wüste Kämpfe aufgeführt werden oder praktische Arbeit geleistet wird?

Wo wird die Frage entschieden, ob wir den gesellschaftlichen Schicksal und Tag wieder bekommen sollen? Im Reichstag. Wo wird das Arbeitsgerichtsgesetz, das Ar-

beitsvertragsgesetz, die Schlichtungsordnung, das Tarifgesetz gestaltet? Wo wird die Arbeitslosenversicherung geschaffen und wo wird die Reichsversicherungsordnung den Verhältnissen angepaßt? Im Reichstag.

Wo allein ist es möglich, das Koalitionsrecht zu sichern und die gesetzliche Anerkennung der Gewerkschaften durchzusetzen? Im Reichstag. Wo wird die Verteilung der Lasten gesetzlich geregelt, die der Dawes-Plan uns gebracht hat? Wo wird über die Zollpolitik entschieden? Im Reichstag. Mit all diesen Gesetzen wird sich der Reichstag, der am 7. Dezember gewählt wird, zu beschäftigen haben.

Gewerkschaftsmitglieder! Ihr seht, es handelt sich bei der Wahl nicht allein um hochpolitische Fragen, es geht auch um euer besonderes Recht. Es geht um die Bedingungen, unter denen ihr in der Fabrik und in der Werkstatt arbeiten sollt. Es geht um euer tägliches Brot. Eure Klasseninteressen sind es, um die im Reichstag gekämpft wird. Und dieser Kampf kann nicht mit Rindertrompeten geführt werden, wie es die Kommunisten tun, es gilt ernste sachkundige Arbeit zu leisten.

Gewerkschaftsmitglieder! Es gibt nur eine Partei, auf die in all diesen Fragen Verlaß ist. Das ist die Sozialdemokratische Partei. Die bürgerlichen Parteien sind alle mehr oder weniger abhängig von euren Klassengegnern, den Unternehmern. Von ihnen könnt ihr keine Hilfe erwarten. Und die Kommunisten? Gerade ihr habt Gelegenheit, deren Spaltungsarbeit zu beobachten. Sie sind auf ausländischen Beschäftigten nicht anders als die Kettenschleifer der Reaktion, die Verderber der Arbeiterklasse.

Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen! Gebt eure Stimme der Sozialdemokratischen Partei! Sie war es, die euch durch ihre Volksbeauftragten erst das Wahlrecht in Reich, Land und Gemeinde gegeben hat, damit der politischen Einflußlosigkeit des weiblichen Teiles der Bevölkerung ein Ende gemacht werde.

Die deutschen Arbeiter müssen ihrem alten Ruf wieder Ehre machen und ihr, Gewerkschaftsmitglieder, ihr seid der Vorhut. Laßt euch nicht einfangen von Schlagworten. Werbt für die Partei ernster proletarischer Arbeit. Wählt am 7. Dezember sozialdemokratisch!

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Vormarsch der Sozialdemokratie

Große Wahlerfolge in Anhalt

Dessau, 17. November. (Eig. Bericht.) Am Sonntag fanden nach der Wahlordnung zum Landtag die Stadtverordneten- und Kreisstadtwahlen in ganz Anhalt statt. Sie ergaben im Durchschnitt einen Rückgang der Stimmen um 5 Prozent bei allen Parteien, wenn man das Stimmverhältnis vom letzten Sonntag in Vergleich stellt. Wesentlich stärker ist der Verlust an Stimmen für die Kommunisten und die Deutschvölkischen. Die kommunistische Partei hat es in Anhalt jetzt glücklicherweise nicht geschafft, überhaupt nicht mehr vertreten ist oder aber mindestens die Hälfte ihrer bisherigen Vertreter eingebüßt hat. Nur in einem kleinen Städtchen konnte sie ihre fünf Stadtverordnetenmandate behaupten. Die Sozialdemokratie dagegen befindet sich überall auf dem Vormarsch. Sie hat z. B. in Bernburg ihre Mandatszahl zum Stadtverordnetenkollegium von 11 auf 12 erhöhen können, während die Kommunisten von 4 auf 2 zurückgingen. In Dessau gewonnen hat ebenfalls einen Sitz und hat jetzt mit 16 Sozialdemokraten als stärkste Fraktion im Stadtparlament vertreten. Die Kommunisten mußten sich mit einem Sitz begnügen. In Köthen erlangte die Partei 18 Mandate. Sie gewann einen Sitz, während die Kommunisten von vornherein auf jede Beteiligung an der Wahl infolge der Aussichtslosigkeit verzichteten. In Bernburg steigerte sich der sozialdemokratische Besitz im Stadtverordnetenkollegium von 9 auf 10 Mandate. Dagegen verloren die Kommunisten 2 Sitze, die sie bisher innehatten. Dank ihrer Taktik und Politik haben sie im Stadtverordnetenkollegium in Bernburg nunmehr überhaupt nichts mehr zu sagen.

Bernburg, 18. November. (Eig. Dresdner.) Abgegeben wurden insgesamt im ganzen Lande 179 408 Stimmen bei den Kreiswahlen (192 130 bei den Landtagswahlen). Trotzdem also 12 700 Stimmen weniger abgegeben wurden, hat die Sozialdemokratie nur 1500 Stimmen weniger aufgebracht. In Bernburg Stadt und Kreis konnte sie sogar ihre Stimmzahl um 100 heigern. Die Völkischen und Kommunisten erlitten wiederum schwere Verluste. Die Demokraten haben sich gut gehalten. Die Sozialdemokratie erhielt im ganzen Lande 77 133 Stimmen (gegen 78 875 am 9. November); die Demokraten 13 548 (14 008); die Kommunisten 9 956 (11 232); die Nationalsozialisten 5008 (7938); Radikale (für Rechte Dessau) 1004 (3010); Volksgemeinschaft 72 130 (74 633).

Neue Siege in Mecklenburg

Schwerin, 17. November. (Eigener Trahtbericht.) In der Stadt Schwerin fand am Sonntag die Stadtverordnetenwahl statt. Wie in Hamburg und Anhalt brachte auch sie einen glänzenden Vormarsch der Sozialdemokraten, deren Stimmenzahl im Vergleich zum 4. Mai von 3352 auf 6628 gesteigert wurde. Die Demokraten schlugen sich ebenfalls gut, indem sie 2698 Stimmen erhielten, während ihnen die Wahlen vom 4. Mai nur 1687 Stimmen brachten. Bezeichnend ist dagegen der gleichzeitige Rückgang der Rechte auf der ganzen Linie. Auch in Schwerin-Stadt versuchten die Deutschvölkischen und die Deutsche Volkspartei ihre Besitzinteressen unter einer gemeinsamen harmlosen Fassade zu verbergen. Auf sie verlor es mit einer Woxikonstruktion, in der „Soll“ vorant, ohne daß ihnen der Schwund gelächelt wäre. Ihre Stimmen gingen von 11 547 auf 9739 zurück! Der Verlust beträgt also in einem Zeitraum von wenigen Monaten mehr als 2000 Stimmen. Katastrophal ist der Rückgang für die Völkischen und die Kommunisten! Die Völkischen brachten ganze 1398 Stimmen auf, während sie am 4. Mai 4313 Wähler auf sich vereinigten. Die Stimmen der Kommunisten gingen von 1230 auf 689 zurück. Es ergibt sich also auch in Schwerin ein Stimmrückgang für die Kommunisten um 50 Prozent. Die Deutschvölkischen verlieren sogar 75 Prozent.

Der Aufschwung an der Weser

Bremerhaven, 17. November. (Eigener Trahtbericht.) Am Sonntag fanden in der neuen Stadt Wesermünde die Bürgerwahlen statt. Die sozialdemokratische Liste vereinte 14 022 Stimmen mit 19 Mandaten auf sich. Die Kommunisten erhielten 2983 Stimmen mit 4 Mandaten. Die demokratische Liste wurde von 2113 Nimmberrechten Personen gewählt. Auf sie entfielen 3 Mandate. Die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft erhielt 14 316 Stimmen und 20 Sitze. Im allgemeinen war die Wahlbeteiligung im Vergleich zur letzten Wahl in Bremerhaven geringer. Immerhin entfiel der Verlust von 1500 Stimmen, den die Kommunisten, und von 3300 Stimmen, den die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft erlitt, keineswegs dem Prozentanfall der geringen Wahlbeteiligung. Jedenfalls ist auch in Bremerhaven festzustellen, daß die Rechte und die Kommunisten (s. a. u.) dem Rückgang zu befinden.

Landtag und Steuerabbau

Wie steht's mit der Grundsteuerreform?

Unser Artikel über den geplanten wätschlichen Steuerabbau ist offenbar gewissen Leuten sehr unangenehm gewesen. Man fürchtet, daß der schöne Plan, Steuerermäßigungen unter Umgehung des Landtages durchzuführen, vereitelt werden könnte. Im Dresdner Anzeiger erscheint über die Frage eine Notiz, die wir in ihrer ganzen Schönheit unsern Lesern vorlegen möchten und die wir deshalb hier abdrucken:

Wie von zuständiger Stelle verlautet, wird das Gesamtministerium in dieser Woche darüber entscheiden, ob die angekündigten Steuerermäßigungen in Sachen, die im Gefolge des Reichssteuerabbaues in den Ländern vorzunehmen sind, im Wege der Rotverordnung durchgeführt werden sollen, oder ob man die Beschlußfassung darüber dem Landtag überlassen soll. Der zweite Weg würde eine Verzögerung um etwa vier Wochen zur Folge haben, was angesichts der sehr ernsten Lage der Industrie, des Gewerbes und der Landwirtschaft zu beklagen wäre. Auch verschoben erscheinungsmäßig tropfenweise Steuerermäßigungen ihre Wirkung. Inwiefern ist es auch möglich, in Finanz- und Steuerfragen den Landtag auszuschalten. Man wird daher die Entscheidung des Gesamtministeriums mit Spannung erwarten dürfen.

Wie wir weiter hören, kommt leider kein Abbau der Reichsteuer in Frage, da der Staat ohne die reichlich fließenden Einnahmen aus dieser Steuer das Gleichgewicht im Haushalt nicht glaubt aufrechterhalten zu können. Auch würde eine Ermäßigung des staatlichen Mittelverbrauchs wohl nur zur Folge haben, daß der Wohnungsbauanteil entsprechend erhöht wird, wobei der Vorteil für den Steuerzahler gleich Null wäre. Immerhin ist es erfreulich, daß der Reichshaushaltplan für 1924 in Einnahmen und Ausgaben ins Gleichgewicht zu bringen. Er ist vom Gesamtministerium in seiner letzten Sitzung verabschiedet worden und wird dem Landtag in den nächsten Tagen vorgehen. Dagegen wird der Haushaltplan für 1925 erst im Januar vorgelegt werden. Seine Gestaltung und Balancierung wird wesentlich von den Steuerermäßigungen im Reich und in den Ländern, vor allem aber vom Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden, der recht schwierig werden dürfte, abhängen. Vom Finanzausgleich wird zum guten Teile auch die Reform der Grund- und der Gewerbesteuer abhängen, die bekanntlich in Aussicht steht.

Der Verfasser der Notiz ist offenbar ein Mann, dem die Steuerermäßigungen nicht schnell genug kommen können. Wenn man, so wird im Dresdner Anzeiger gesagt, die Beschlußfassung über die Steuerermäßigung dem Landtag überlasse, so würde eine Verzögerung von vier Wochen die Folge sein! Es wäre nicht sehr schön, wenn man den Landtag gerade in den letzten 14 Tagen vor der Reichstagswahl zusammenberiefe. Aber ist es wirklich mit der Steuerermäßigung so furchtbar eilig, so müßte trotzdem der Landtag zusammengeholt werden. Schließlich hat man es doch nicht erst seit gestern gewußt, daß Steuerermäßigungen in Frage kommen, sondern auch schon am 8. November, wo der Landtag zusammen war, und da wäre es ohne weiteres möglich gewesen, noch einige Landtagssitzungen abzuhalten, ohne daß man zu sehr in den Reichstagswahlkampf hineinkam. Uns erscheint der Plan, hier in der Frage der Steuerermäßigung den Landtag auszuschalten und die Angelegenheit durch eine Rotverordnung zu erledigen, geradezu ungeheuerlich, und wir können uns nicht denken, daß für sozialdemokratische Minister derartiges überhaupt irgendwie diskutabel ist. Erledigte man derartige Fragen durch eine Rotverordnung, so wüßten wir überhaupt nicht mehr, wozu wir in unserm lieben Sachsen überhaupt noch den Landtag brauchen. Dann wäre es schon am besten, man beschränkte die Tätigkeit des Landtages nach seinem Zutritt auf die Wahl des Ministerpräsidenten, schickte den Landtag dann auf vier Jahre nach Hause und ließe in der Zwischenzeit bis zur Neuwahl das Kabinett allein regieren.

Wir bezweifeln auch sehr, daß die Lage der Industrie, des Gewerbes und der Landwirtschaft so ernst ist, daß für diese Kreise eine hinauschiebung der Steuerermäßigungen um einige Wochen nicht zu ertragen wäre. In Industrie und Handel haben wir noch vielerlei Inflationsblüten, deren Verschwinden im volkswirtschaftlichen Interesse wünschenswert wäre. Trotzdem ist in den letzten Monaten die Zahl der Konkurse, die nie übermäßig groß war, noch zurückgegangen. Wenn die Steuern für unsere Unternehmungen wirklich so unerträglich wären, so würde es wohl öfter vorkommen, daß Unternehmer ihre Bude aus Mangel an Mitteln zumachen müßten. Also ganz so schlimm kann es mit unsern Unternehmern in Handel, Industrie und Landwirtschaft nicht bestellt sein, wenn auch, was wir nicht bestreiten wollen, die Steuern erheblich höher sind als in der Vorkriegszeit. Die deutschen Unternehmer haben dafür den Vorteil, daß hier in Deutschland die Löhne viel niedriger sind als in den andern Ländern.

Eigenartig berührt auch die Bemerkung, daß ein Abbau der Reichsteuer nicht in Frage kommen kann, weil der Staat ohne die Einnahmen aus diesen Steuern das Gleichgewicht im Haushalt nicht glaubt aufrechterhalten zu können. Also bei Steuern, die in der Hauptsache die Unternehmer in Handel, Industrie und Landwirtschaft treffen, da kann abgebaut werden ohne Gefährdung des Gleichgewichts im Haushalt. So wie es sich aber um eine Steuer handelt, die in erster Reihe die breiten Massen trifft, dann ist auf einmal im Interesse des Gleichgewichts des Haushaltes ein Abbau von vornherein ausgeschlossen. Ist denn die Notlage der großen Zahl der Arbeiter und Angestellten, die die Reichsteuer tragen müßten, etwa geringer als die des Unternehmers in Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft? Wenn überhaupt Steuerermäßigungen

Small vertical text on the left margin, likely bleed-through or a separate column.